

10 Jahre
Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

PRESSEKONFERENZ

IM RAHMEN DES FACHTAGS

Wir sind
10 Jahre
Opferberatungsstellen in NRW

14
SEPT
2022

Düsseldorf

9:00 - 10:30



www.backup-nrw.org



www.opferberatung-rheinland.de

Gefördert von



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

Grußworte

10 Jahre - engagierte und erfolgreiche Arbeit der „Opferberatung Rheinland“ und von „BackUp“ in Nordrhein-Westfalen!



In dem großen Netzwerk der Organisationen, Fachberatungsstellen, Behörden und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen, die sich in unterschiedlicher Weise mit Betroffenen von Straf- oder Gewalttaten befassen, sind die Zusammenarbeit und der fachliche Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Opferberatung Rheinland“ und von „BackUp“ unverzichtbar.

Gerade Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sind besonders vulnerabel. Sie haben vielfach neben sprachlichen Barrieren keinen familiären oder gesellschaftlichen Rückhalt. Für sie sind Menschen, die ihnen zuhören und sie beraten, besonders wichtig. Intensiv müssen Sie über ihre Rechte in einem Ermittlungs- und Strafverfahren und über mögliche Entschädigungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz durch die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe oder Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz aufgeklärt und informiert werden. Insbesondere aber müssen sie durch ein Verfahren behutsam begleitet und gegebenenfalls auch - sofort oder nicht selten auch erst später - in ärztliche oder therapeutische Hilfen vermittelt werden. Dies leisten die Teams der „Opferberatung Rheinland“ und von „BackUp“ seit Jahren in hoher Professionalität mit einem guten Blick auf die betroffenen Menschen und einem klaren Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen.

Als Beauftragte für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen wünsche ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Opferberatung Rheinland“ und von „BackUp“ eine weitere erfolgreiche Arbeit in der Beratung betroffener Menschen, eine gute personelle und finanzielle „Decke“ und immer einen konstruktiven fachlichen und persönlichen Austausch mit allen weiteren in der Opferhilfe und dem Opferschutz in Nordrhein-Westfalen tätigen Fachberatungsstellen, Einrichtungen, Behörden und Organisationen. Denn ein effektiver Opferschutz geht nur in einem guten Miteinander im Interesse und zum Wohle der Betroffenen!

Elisabeth Achter-Mainz

(Opferschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen



Grußwort für den Reader der Opferberatung Rheinland und der Beratungsstelle BackUp im Nachgang zur Pressekonferenz anlässlich des 10-jährigen Bestehens

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Opferberatung Rheinland (OBR) und die Beratungsstelle BackUP leisten seit 10 Jahren einen wichtigen Dienst für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen.

Ihre Arbeit ist sehr wichtig, denn die Gewalt- und Straftaten in diesem Bereich bewegen sich auch in Nordrhein-Westfalen leider immer noch auf hohem Niveau. Die Zahl antisemitischer Straftaten hat mit über 50 Prozent mehr Straftaten 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Diese Statistik spiegelt nur die strafrechtlich relevanten angezeigten Taten wieder. Die Dunkelziffer liegt nach Einschätzung von Experten ungleich höher. Einen Anlass für Entwarnung gibt es nicht. Auch schlagen Hass und Hetze immer öfter in körperliche Angriffe und Auseinandersetzungen um. Neben Polizei und Justiz ist die Zivilgesellschaft gefordert, wir alle haben Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben. Es darf nicht akzeptiert werden, dass sich Extremismus und Antisemitismus immer weiter in unserer Gesellschaft verbreiten und scheinbar hingenommen werden. Die Betroffenen von Hetze, Gewalt und Feindschaft brauchen unsere Solidarität. Sie müssen wissen, dass sie nicht allein sind. Deshalb ist es wichtig, klar Stellung gegen Hass und Hetze zu beziehen und Haltung zu zeigen. Es muss sichtbar sein, dass die Mehrheit unserer Gesellschaft sich gegen Antisemitismus, Extremismus und Hetze stellt.

Ebenso wichtig wie eine effektive Strafverfolgung und klare Haltung gegen jede Art von Menschenfeindlichkeit ist die Fürsorge für die Betroffenen. Übergriffe sind eben nicht nur statistische Zahlen, sondern es sind vor allem viele Einzelschicksale. Es ist daher unerlässlich, dass Betroffene einen Ansprechpartner haben, dass sie verstanden und unterstützt werden. Sie dürfen nicht allein gelassen werden. Diese so wichtige Arbeit leisten die Opferberatung Rheinland und die Beratungsstelle BackUp. Ich danke allen Haupt- und Ehrenamtlichen der Beratungsstellen für ihren unermüdlichen Einsatz. Sie sind ein Grundpfeiler für unsere demokratische Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

(Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

**Liebe Frau Lentsch, lieber Herr Reeker,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**



wenn wir hier und heute das zehnjährige Bestehen der Opferberatung in Nordrhein-Westfalen feiern, dann passiert dies in zeitlicher Nähe zum 30. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen. Die Eskalation rassistischer Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre verbunden mit den Tatorten Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen war ein wesentlicher Hintergrund für die Entstehung der ersten spezialisierten Opferberatungsstellen.

Es war ein wichtiger und überfälliger Schritt, dass im Jahr 2011 auch in Nordrhein-Westfalen erstmals die Förderung spezialisierter Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt möglich wurde. Ich freue mich daher sehr, aus der Perspektive der Landeskoordinierungsstelle ein paar Worte an Sie zu richten.

Die Opferberatungsstellen sind längst unverzichtbarer Bestandteil der Beratungsinfrastruktur in NRW und wichtige Partnerinnen des Landes bei der Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes. Eine kürzlich abgeschlossene Evaluationsstudie hat ergeben, wie überaus positiv die Beratungsleistungen seitens der Beratungsnehmenden aufgenommen werden.

Wir sind daher sehr froh, dass wir aufgrund von Mittelaufstockungen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die Förderung in den letzten Jahren erheblich ausweiten konnten. Dadurch wurden nicht nur die unmittelbare Beratungsarbeit personell gestärkt, sondern auch die Arbeitsbereiche Öffentlichkeitsarbeit, Recherche und Monitoring stärker profiliert.

Trotz dieser positiven Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren wäre es verfehlt, sich damit zufrieden zu geben. Es bleiben wichtige Herausforderungen für das Beratungsfeld, zwei möchte ich besonders hervorheben:

Erstens: Eine dauerhafte Absicherung der Beratungseinrichtungen. In der aktuellen Förderperiode ist erstmalig die Umstellung von einer jährlichen auf eine dreijährige Projektförderung gelungen. Dies ist ein wichtiger erster Schritt, um qualifizierte Beratungskräfte längerfristig zu binden, und auch ein wesentlicher Faktor zur nachhaltigen Absicherung der Beratungsarbeit. Für eine noch längerfristige Absicherung in zukünftigen Förderphasen werden wir uns weiterhin einsetzen.

Zweitens: Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Opferberatungsstellen. Der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ausdrückliche Zielsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes der Landesregierung. Auch wenn sich erste Austauschformate etabliert haben, ist die Zusammenarbeit zwischen polizeilichen Stellen und Opferberatung in sog. PMK-rechts-Fällen weiterhin nicht selbstverständlich. Hier gibt es Verbesserungspotential. Daran wollen wir mit unseren Partnern arbeiten. Ziel sollte es sein, die Opferberatung in die Lage zu versetzen, zukünftig allen von rechtsextremer und rassistischer Gewalt Betroffenen ein zeitnahes Unterstützungsangebot machen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hermann Lamberty

(Leiter der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus Nordrhein-Westfalen)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

Grußwort 10 Jahre Opferberatung



Foto: Linda Hammer

Liebe Teams von Opferberatung Rheinland und BackUp, liebe Freundinnen und Freunde,

rechtsextreme, rassistische und andere von menschenverachtenden Einstellungen motivierte Gewalttaten sind keine Einzelfälle. Die gemeinsame Statistik der beiden Opferberatungsstellen zeigt deutlich, dass an mehr als jedem zweiten Tag eine rechte Gewalttat in NRW verübt wird. Rechte Gewalt ist also ein alltägliches Phänomen.

Menschen mit Migrationsgeschichte, Schwarze Menschen, Muslim*innen, Jüdinnen*Juden, Rom*nja, Sinti*zze, LSBTIQ*, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose oder Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, werden aus menschenverachtenden Motiven und immer als Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen angegriffen. Betroffene rechter Gewalt dürfen nicht alleine gelassen werden. Es ist die Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft, ihnen Unterstützung und Solidarität zuzusichern. Dazu gehört das Angebot einer spezialisierten Beratung, die parteiisch an der Seite der Betroffenen steht und gleichzeitig die Vielschichtigkeit ihrer Erfahrungen und Bedarfe sieht und entsprechende Hilfestellungen gibt.

Das leisten die Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt nun seit zehn Jahren in NRW und haben schon vielen Menschen helfen können. Über diese unendlich wertvolle Arbeit mit den Betroffenen hinaus schaffen sie Aufmerksamkeit für die Dimensionen und die Kontinuität rechter Gewalt in Deutschland. Sie sind ein unverzichtbarer Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Ich möchte allen, die über die Jahre bei der OBR und bei Backup mitgewirkt haben, ausdrücklich danken für die großartige Arbeit. Es wäre uns allen zu wünschen, es bräuhete die Beratungsangebote nicht, weil die Gewalt nicht stattfände. Die Realität ist aber eine andere. So lange rechte Gewalt nicht endet, werden wir Beratung und Unterstützung für Betroffene auch zukünftig brauchen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen sieht vor, dass die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus finanziell deutlich gestärkt und dauerhaft abgesichert wird.

Wenn ich heute auf das Erreichte schaue, freue ich mich umso mehr, dass es uns vor zehn Jahren in der damals rot-grünen Regierungszeit gelungen ist, die Einrichtung der Opferberatung in NRW anzustoßen. Die Opferberatung ist längst parteiübergreifend anerkannt und ein fester Bestandteil in der Arbeit gegen menschenverachtende Einstellungen, rechte Gewalt, Hass und Hetze.

Zum 10. Jubiläum alles Gute!

Verena Schäffer

(Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

VBRG

VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

Mit langem Atem: 10 Jahre Opferberatung Rheinland

Mehrere hundert Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hat die Opferberatung Rheinland in den vergangenen zehn Jahren beraten, begleitet und unterstützt. Hinter dieser Zahl stehen unzählige einzelne Lebenswege, die durch rassistische, antisemitisch und rechts motivierte Angriffe beeinträchtigt, verändert und in einigen Fällen brutal beendet wurden.

Viele der Angegriffenen, Verletzten, Überlebenden und Hinterbliebenen mussten die materiellen und immateriellen Folgen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nicht alleine bewältigen - sie wurden durch solidarische und professionelle Berater*innen der Opferberatung Rheinland (OBR) dabei begleitet und unterstützt. Mit Hilfe von erfolgreicher Beratungs-, Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit konnte die OBR im vergangenen Jahrzehnt zur Durchsetzung ihrer Rechte beitragen: in Straf- und Zivilverfahren ebenso wie im öffentlichen und politischen Raum - oft über lange Zeiträume und jenseits kurzlebiger medialer und politischer Aufmerksamkeitskonjunkturen.

Der Rechtsstaat lässt die Angegriffenen im Stich

Trotz immer wieder schwieriger politischen Rahmenbedingungen und mit dünner Personaldecke ist es der OBR von Anfang an gelungen deutlich zu machen, dass rechte Gewalt ein flächendeckendes, gesamtdeutsches Problem ist. Ein konstanter Faktor in der Arbeit ist die oftmals zähe Auseinandersetzung mit Polizei und Justiz um die Wahrnehmung und Anerkennung von Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Rechtsextremismus als Tatmotive geblieben. Ebenso wie die Kritik, dass mangelnde Strafverfolgung und juristische Aufarbeitung die Täter*innen ermutigt und die Betroffenen sowie deren Umfeld schwächen und gegebenenfalls weiter marginalisieren.

Daher fällt eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren Opferberatung im Rheinland im Kontext von Rechtsterrorismus, Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt notwendigerweise zwiespältig aus.

Denn seit der Gründung der OBR im Jahr 2012 haben wir eine erhebliche Verschiebung im politischen Diskurs erlebt. Der Beginn der Arbeit der OBR war geprägt vom Schock der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und dessen beispielloser rassistischer und rechtsterroristischer Mord- und Anschlagserie: in Dortmund wurde am 4. April 2006 der 39-jährige Familienvater Mehmet Kubasik an seinem Arbeitsplatz ermordet; in Köln verübte das NSU-Netzwerk am 9. Juni 2004 und am 19. Januar 2001 zwei verheerende rassistische Sprengstoffanschläge. Die Solidarität mit den Hinterbliebenen und Überlebenden sowie die Forderung nach umfassender Aufklärung der Mitverantwortung von Polizei und Verfassungsschutz im NSU-Komplex prägten die Arbeit der OBR von Anfang an. Dazu gehörte auch die Begleitung von Überlebenden des antisemitischen Attentats in Düsseldorf-Wehrhahn als Zeug*innen und Nebenkläger*innen in einem letztendlich gescheiterten Strafverfahren. Der Freispruch für den angeklagten Neonazi im Wehrhahn-Prozess und die Enttäuschung der Überlebenden, die sich bis heute vom Rechtsstaat im Stich gelassen fühlen, markiert die bittere Realität, in der Opferberatung stattfindet: Die Versprechungen politischer Verantwortlicher von Aufklärung und Konsequenzen aus dem NSU-Komplex haben mit der Realität von Strafverfahren inklusive rassistischer und antisemitischer Täter-Opfer-Umkehr durch Polizeibeamte oder Justizvertreter*innen oft wenig bis gar nichts zu tun. Trotz dessen Prozesse von Selbstermächtigung und Solidarität zu initiieren, zu ermöglichen und zu begleiten und darauf zu beharren, dass die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt jeglicher politischer Maßnahmen gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt stehen muss, macht den Kern der Arbeit von unabhängiger, fachspezifischer Opferberatung aus.

Diese im besten Sinn parteiliche, solidarische und professionelle Haltung prägt das Team der OBR - auch in der Arbeit des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.), zu dessen Gründungsmitgliedern die Opferberatung Rheinland im September 2014 gehörte.

Wir wünschen dem Team der OBR und BackUp viel Kraft und Mut für die professionellen Herausforderungen, die die Zukunft bringen wird - und hoffen auf ein weiteres Jahrzehnt gemeinsamen Engagements an der Seite von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Der Vorstand und Team der Geschäftsstelle des VBRG e.V.

Heike Kleffner

(Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

10 Jahre Opferberatung für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt - das ist kein Grund zum Feiern!



Aber es ist ein Grund innezuhalten, zu danken und auch zu mahnen.

Als Vertreter des einige Monate älteren westfälisch-lippischen „Zwillings“ BackUp sage ich als Vorsitzender des zivilgesellschaftlichen Trägervereins BackUp-ComeBack e.V. aus Dortmund der Opferberatung Rheinland einen herzlichen Glückwunsch für die weitere Arbeit und genauso vielen Dank für die langjährige gute und solidarische Zusammenarbeit in diesem gesellschaftlich so wichtigen Bereich.

Trotzdem noch einmal: Nein, ein Grund zum Feiern ist das nicht! Dass trotz der intensiven Arbeit unzähliger demokratischer Kräfte in den vergangenen 10-11 Jahren in unserer Gesellschaft rechtsextreme Gewalt zugenommen hat, Rassismus offenkundiger und vermehrt zutage tritt und Antisemitismus immer unverblümter sein Unwesen treibt und das alles bis weit in die virtuelle Welt, in Internet und sog. Social Media hinein, macht deutlich wie ungemein wichtig diese Arbeit zu Schutz, Begleitung und Empowerment für die Betroffenen ist. Aber sie ist auch eine notwendige couragierte Stärkung unserer Demokratie.

Als wir in Dortmund vor fast 11 Jahren BackUp für Westfalen-Lippe nach langer Vorarbeit und politischer Einflussnahme an den Start gebracht haben, habe ich auf der Pressekonferenz gesagt: „Eigentlich ist es ein Skandal, dass wir überhaupt eine derartige Beratungsarbeit/-stelle brauchen, die Menschen nach Gewalterfahrungen begleitet, ihnen eine Stimme in der Öffentlichkeit gibt und sie ermutigt, traumatische Erfahrungen aufzuarbeiten.“ Und es bleibt ein Skandal, dass diese Arbeit heute immer noch und sogar verstärkt notwendig ist.

Wir sind dankbar, dass die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Arbeit auch längst von der Politik erkannt worden und dass ihre finanzielle Förderung seit Jahren unbestritten ist und nun auch die dringend notwendige Ausweitung erfährt.

Besonderer Dank gilt auch der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die mit hohem inhaltlichen und kooperativen Engagement den bürokratischen Aufwand gering hält. Das ist für zivilgesellschaftliche Träger*innen, die eine wichtige gesellschaftliche Arbeit übernommen haben, sehr wohltuend, besonders vor dem Hintergrund auch nicht so zu lobender Beispiele in anderen Bereichen.

Ein ganz großer Dank aber geht an die Menschen, die diese Arbeit in den Beratungsstellen, in der Verwaltung und in der Trägerschaft seit Jahren hauptamtlich und ehrenamtlich tun. Sie sind täglich mit den unterschiedlichsten und auch strukturellen Formen von Gewalt konfrontiert und leisten einen wichtigen Beitrag für das Empowerment der Betroffenen und für die Stärkung unserer Demokratie.

Hartmut Anders-Hoepgen

(Vorsitzender von BackUp-ComeBack -

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen



Zehn Jahre Opferberatung Rheinland (OBR) bieten Anlass zurückzuschauen, was sich in dieser Zeit getan hat und was wir daraus für die Zukunft mitnehmen.

Die bisherigen 10 Jahre Opferberatung Rheinland sind sehr bedeutsam für verschiedene Menschen und Akteur*innen.

Menschen, die von rassistischen, antisemitischen und/oder rechtsextremen Übergriffen betroffen sind, stehen an erster Stelle. Betroffene werden nicht immer ernstgenommen mit ihren Anliegen, deswegen ist die Beratungsarbeit so wertvoll. Die Opferberatung Rheinland gibt den Betroffenen Raum sich auszudrücken und gehört zu werden. Daneben unterstützt sie bei rechtlichen Fragen und beobachtet Prozesse. Zudem verschafft die Opferberatung Rheinland Sichtbarkeit über die umfassende Monitoring-Arbeit, die zwingend notwendig ist, um eine positive gesellschaftliche Veränderung zu erreichen. Bei der OBR gehen Beratung, Monitoring und Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit Hand in Hand. Dadurch trägt sie dazu bei, dass die gesamte Gesellschaft Verantwortung übernimmt und es nicht Betroffenen überlässt für ein Veränderung zu kämpfen.

In den letzten 10 Jahren ist in Deutschland sehr viel passiert im Bereich rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt. Der NSU Prozess hat stattgefunden, bei dem noch viele Fragen offen geblieben sind. Sehr viele Menschen sind seit 2015, aber auch in 2022 vor Krieg und Terror nach Deutschland geflohen. Gleichzeitig hat sowohl die deutsche, als auch andere europäische Politik einen Rechtsruck erlebt und rassistische Äußerungen wurden häufiger öffentlich getätigt und wiederholt. Die Black Lives Matter Proteste und die Bewegung, die daraus in den USA entstanden ist, haben auch in Deutschland viele Menschen erreicht, die sich gegen Rassismus einsetzen und dadurch das Bewusstsein für Rassismus in Deutschland erheblich gestärkt haben. Es gab rechtsextreme, antisemitische und rassistische Übergriffe und Attentate in Deutschland, wie 2019 in Halle oder 2020 in Hanau. Den Opfern und Angehörigen dieser Attentate ist unsere Gesellschaft schuldig, diese nicht mehr als Einzelfälle zu sehen, sondern den Zusammenhang zu begreifen und zu bekämpfen.

Im Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V. ist die Opferberatung Rheinland eine wichtige Säule, um nah bei den Menschen zu sein, die von rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt betroffen sind. Wir sind überzeugt davon, dass in gemeinsamer Arbeit mit weiteren Beratungsstellen in NRW rassifizierte Menschen ernstgenommen und jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bekämpft werden kann.

In den letzten 10 Jahren hat die OBR auch die eigene Arbeit immer wieder reflektiert, kritisch hinterfragt und daraus Konsequenzen gezogen. Diese Grundhaltung ist ein besonderes Qualitätsmerkmal in der hochwertigen und professionellen Arbeit der OBR. Darauf aufbauend stimmt der Blick in die Zukunft der OBR positiv. Zu 10 Jahren großartiger Arbeit gratulieren wir sehr herzlich und wünschen weiterhin alles Gute für diese so wichtige Arbeit!

Für den Vorstand

Janina Bauke, Özge Erdoğan & Simon Metzger

(Vorstand des IDA - Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.)

10 Jahre Betroffenenberatung im Nordrhein-Westfalen

**Guten Tag an alle unsere Beratungsnehmenden,
Unterstützer:innen, Netzwerkpartner:innen,
Fördergeber:innen,**



die beiden Opferberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen, Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp, haben in den letzten zehn Jahren seit ihrem Bestehen über 1100 Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer und anderen Formen menschenfeindlicher Gewalt beraten und unterstützt.

Nachdem im Oktober 2011 erstmals Finanzmittel für die Einrichtung von zwei Beratungsstellen in NRW bereitgestellt wurden, war NRW damit das erste westdeutsche Bundesland, welches spezialisierte Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nach dem Vorbild bereits bestehender ostdeutscher Beratungsstellen initiierte. Die Unterstützung von Betroffenen zu institutionalisieren und professionelle Beratungsstrukturen aufzubauen, entwickelte sich in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der hohen Zahl von Gewalt betroffenen Menschen, denen keine adäquaten Hilfestrukturen zur Verfügung standen.

Doch auch zehn Jahre nach der Gründung der Beratungsstellen sind und bleiben unzählige Menschen von rechten Gewalttaten betroffen. Allein für das Jahr 2021 registrierten die beiden Opferberatungsstellen insgesamt 213 Gewalttaten in NRW mit mind. 339 direkt betroffenen Menschen - eine Steigerung zu den Vorjahren. Rechte Gewalttaten sind weder Einzelfälle noch Zufall. Sie basieren auf gesellschaftlich und historisch gewachsenen, tief und strukturell verankerten Ausgrenzungsideologien und Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die bis weit in die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft reichen und rechte Gewalt als gesamtgesellschaftliches Problemfeld markieren.

Die Betroffenen rechter Gewalttaten werden dabei immer noch viel zu oft mit der Bewältigung der Angriffsfolgen allein gelassen und ihre Perspektiven bleiben vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung oftmals ungehört. Die Perspektiven, Forderungen und Expertisen von Betroffenen müssen jedoch in der Dominanzgesellschaft endlich wahrgenommen und im gesellschaftspolitischen Diskurs über die extreme Rechte, Rassismen und Antisemitismen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt werden.

Unterstützung bei der Bewältigung der Angriffsfolgen sowie eine gesellschaftspolitische Intervention auf Basis der Betroffenenperspektiven sind zentrale Aufgabenbereiche der spezialisierten Beratungsstellen. Die stetige Professionalisierung der eigenen Arbeit muss dabei vor dem Hintergrund einer fortwährenden kritischen Selbstreflexion auf Basis einer macht-, rassistus- und antisemitismuskritischen Haltung auch in Zukunft weiterhin fortgeführt werden. Um dem Auftrag einer professionellen Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt in NRW gerecht zu werden, bedarf es in zentraler Hinsicht eines Ausbaus und einer dauerhaften Absicherung der Beratungsstellen.

Fabian Reeker (OBR) und Magdalena Lentsch (BackUp)

(Leitungen der Opferberatungsstellen in NRW - OBR und BackUp)

Opferberatungsstellen Betroffene nach rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen

Wer sind wir?

Die Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp sind die Beratungsstellen für Betroffene (extrem) rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Die OBR ist im Rheinland (Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf) und BackUp in Westfalen-Lippe (Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster) zuständig. Gemeinsam stellen sie damit ein landesweites Angebot.

Die Beratungsteams beider Projekte unterstützen Betroffene, deren Angehörige sowie Zeug*innen nach (extrem) rechten, rassistisch oder antisemitisch motivierten Angriffen und Bedrohungen.

Die Beratung ist kostenlos, anonym und unabhängig von einer Strafanzeige bei der Polizei. Der Beratungsansatz ist aufsuchend und parteilich an der Seite der Betroffenen. Gemeinsam mit diesen versuchen die Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen stärkende Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu finden.

Die Unterstützungsmöglichkeiten reichen von der psycho-sozialen Beratung über Begleitungen zu Behörden und die Vermittlung ärztlicher Hilfe bis hin zur Unterstützung bei Entschädigungsanträgen und Anregung von Empowerment- und öffentlichkeitswirksamen Solidarisierungsprozessen. Alle Schritte der Unterstützung orientieren sich an den Wünschen und Bedarfen der Betroffenen.



Ein eigenes, unabhängiges Monitoring für NRW wird seit 2017 jährlich auf Basis eigener Recherchen und Dokumentationen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten veröffentlicht. Ziel ist es ein realistischeres Lagebild gewaltvoller Angriffe und Bedrohungen in NRW zu zeichnen, indem auch verifizierte Fälle, die nicht offiziell registriert, anerkannt oder zur Strafanzeige gebracht wurden, in die Statistik mit einfließen. Zentrale Grundlage hierfür sind die Perspektiven und Einschätzungen von Betroffenen und Zeug*innen.

